

AMT DER BURGENLÄNDISCHEN LANDESREGIERUNG
Landesamtsdirektion

Zahl: LAD-1340/40-1987

Eisenstadt, am 20. 7. 1987

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz (ASGANpG) geändert wird; Stellungnahme.

Telefon (02682)-600
Klappe 221 Durchwahl

zu Zahl: 31.400/80-V/3/2987

ENTWURF	
Zi.	39. GE 98
Datum:	22. JULI 1987
Verteilt:	22. Juli 1987 <i>Hof</i>

An das
Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 Wien

Zum obbezogenen Schreiben beehrt sich das Amt der Burgenländischen Landesregierung mitzuteilen, daß der anher zur Stellungnahme übermittelte Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Arbeits- und Sozialgerichts-Anpassungsgesetz (ASGANpG) geändert wird, vom Standpunkt der vom ho. Amt zu wahrenen Interessen keinen Anlaß zur Geltendmachung von Bedenken oder Abänderungswünschen gibt.

Beigefügt wird, daß u.e. 25 Mehrausfertigungen dieser Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet werden.

Für die Landesregierung:
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

Millinger

Zl. u. Betr. w. v.

Eisenstadt, am 20. 7. 1987

1. Dem Präsidium des Nationalrates, Dr. Karl Renner-Ring 3,
1017 Wien, 25-fach,
2. Der Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der NÖ.
Landesregierung, Schenkenstraße 4, 1014 Wien, 10-fach,

zur gefälligen Kenntnis.

Für die Landesregierung:
Dr. Gschwandtner eh.

F.d.R.d.A.

